SSOAR

Open Access Repository
www.ssoar.info

Eisenhüttenstadt: Anpassungsprobleme einer Stahlregion nach der Wiedervereinigung Deutschlands

Reuber, Paul; Köster, Peter

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:
Reuber, P., & Köster, P. (1995). Eisenhüttenstadt: Anpassungsprobleme einer Stahlregion nach der Wiedervereinigung Deutschlands. *Europa Regional*, *3.1995*(3), 1-8. https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-48467-7

Nutzungsbedingungen:
Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.
Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:
This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.
By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

gesis
Leibniz-Institut
für Sozialwissenschaften

Mitglied der
Leibniz-Gemeinschaft

Eisenhüttenstadt – Anpassungsprobleme einer Stahlregion nach der Wiedervereinigung Deutschlands

PAUL REUBER & PETER KÖSTER

Am 1. Januar 1995 übernahm der belgische Stahlkonzern Cockerill-Sambre das EKO-Stahlwerk im brandenburgischen Eisenhüttenstadt. Die Privatisierung des ehemaligen „Eisenhüttenkombinats Ost“ setzte den Schlußstrich unter ein zähes, mehr als vierjähriges Ringen, in dem Bund, Land, Treuhand und Belegschaft um das Überleben einer ganzen Wirtschaftsregion kämpften.

Das einstige Musterkombinat der DDR entpuppte sich dabei als einer der schwierigsten Privatisierungsfälle der Wiedervereinigung[1]. Doch trotz massiver Strukturprobleme stand eine Stillegung nie wirklich zur Diskussion: zum einen war es ”industrieller Kristallisationspunkt ... einer (ganzen) Wirtschaftsregion” (BREUEL 1993, S. 59), zum anderen galt das Schicksal des ehemaligen sozialistischen Vorzeigebetriebes auch als politisches Symbol für eine verträgliche Gestaltung des ökonomischen Anpassungsprozesses.

Schon der enorme Subventionsaufwand von mehr als 1 Mrd. DM belegt jedoch, daß an diesem Beispiel das Spannungsfeld zwischen Standortpotentialen und politischem Erhaltungswillen besonders deutlich zutage tritt. Seit der Gründung des Betriebes im Jahre 1950 durch die SED zieht sich das Leitmotiv der ”raumwirksamen Staatstätigkeit” wie ein roter Faden durch die Geschichte des Eisenhütten-Kombinates. Er reißt auch nach der Wiedervereinigung nicht ab. Heute lassen sich hier deshalb exemplarisch die Standpunkte der kontroversen Diskussion um die „Erhaltung industrieller Kerne“ nachvollziehen (vergl. z.B. NOLTE & ZIEGELER 1994, BREUEL 1993, DONGES 1993).

Ungeachtet staatlicher Unterstützungen messen jedoch die Raumordnungskonzepte der Bundesregierung ebenso wie neuere ökonomische Theorieansätze den ”regionalen Potentialen und Eigenkräften” (Raumordnungsbericht 1993, S. 5) langfristig die entscheidende Bedeutung zu. Zur Einschätzung der Probleme und Potentiale, die die Stahlregion Eisenhüttenstadt dafür mitbringt, lassen sich aus wirtschaftsgeographischer Sicht drei Fragen aufwerfen[2]:

1. Welche Hypotheken im Hinblick auf den Übergang in die Marktwirtschaft haben die 40 Jahre sozialistischer Planwirtschaft in Eisenhüttenstadt hinterlassen?
2. Welche wirtschaftsräumlichen Veränderungen bringen die ausgehandelten Sanierungs- und Privatisierungskonzepte?
3. Welche mittelfristigen Chancen und Risiken leiten sich daraus für die Wirtschaftsregion ab?

Regionalwirtschaftliche Ausgangsbedingungen des Standortes Eisenhüttenstadt – Erblast für den Weg in die Marktwirtschaft

Angesichts der kriegs- und teilungsbedingten Defizite in der Grundstoffindustrie beschloß die SED im Juli 1950 auf ihrem III. Parteitag, an der Ostgrenze der DDR einen neuen Eisen- und Stahlstandort aufzubauen. In der ländlichen Peripherie, 30 km südlich von Frankfurt an der Oder, entstand das Eisenhüttenkombinat Ost (”EKO”) und die zugehörige ”Stalinstadt”, die 1961 in Eisenhüttenstadt umbenannt wurde *(vergl. Abb. 1)*. Das Werk entwickelte sich rasant: Ausbau- und Investitionsbeschlüsse verschiedener Parteitage machten es innerhalb von zwei Jahrzehnten zum ”Zentrum der DDR-Metallurgie” (SCHIMKE 1985, S. 23). Zu den Hochöfen kamen dabei ein Kaltwalzwerk (1968), mehrere Anlagen zur Oberflächenveredelung der Bleche (1980) und ein Konverterstahlwerk (1984) hinzu. In den 80er Jahren produzierte das EKO dann fast drei Viertel des ostdeutschen Roheisens.

Eisenhüttenstadt war jedoch weit mehr als nur ein Stahlstandort, es diente gleich in zweifacher Hinsicht auch als politisches Symbol des jungen sozialistischen Staates:

- Zum ersten setzte die DDR hier ein Zeichen ihrer raumordnungspolitischen Ausgleichspolitik. Dabei spielte auch das ideologische Ziel mit, in ländlichen Regionen ”ein neues Zentrum der Arbeiterklasse” zu bilden (Autorenkollektiv 1986, S. 32)[3], ähnlich wie bei vielen anderen Projekten zur Industrialisierung des Landes.
- Zum zweiten verwirklichte der sozialistische Staat hier zum ersten Mal in Reinform seine ”16 Grundsätze des Städtebaus” (LEUCHT 1957, S. 28). Auf der grünen Wiese, ohne Rücksicht auf gewachsene Strukturen, nahm die sozialistische Lebensweise mit ihrer Verknüpfung von Wohnen und Arbeiten eine konkrete räumliche Gestalt an *(vergl. Abb. 1)*.

Das Fehlen gewachsener Strukturen bewirkte jedoch in wirtschaftlicher Hinsicht, daß sich Eisenhüttenstadt einseitig auf die Stahlproduktion und -verarbeitung ausrichtete. Eine ganze Region wurde abhängig vom Eisenhüttenkombinat: 1985 stellte der Betrieb 90 % aller Arbeitsplätze des produzierenden Sektors. Auch Baugewerbe, Handel und Dienstleistungen hingen direkt oder indirekt vom Kombinat ab.

Die exponierte Stellung und der Mustercharakter, den die Wirtschaftsregion Eisenhüttenstadt im Rahmen der sozialistischen Planwirtschaft einnahm, ließen hier besonders deutlich die strukturellen

[1] Aus mehrfachen Gründen zählt die Stahlindustrie ”zu den Industriezweigen, deren Erhaltung und Sanierung größte Probleme aufwerfen wird” (vergl. VORLAUFER 1991, S. 65 f.).

[2] Die Entwicklung des Eisenhüttenkombinates bis zur Wiedervereinigung ließ sich anhand von Archivmaterialien, Statistiken und Literatur nachzeichnen (v.a.: Unternehmensarchiv der EKO-Stahl GmbH, Stadtarchiv Eisenhüttenstadt). Die Auswirkungen der Wiedervereinigung auf die Wirtschaftsregion Eisenhüttenstadt konnten mit statistischem Datenmaterial zwar in ihrer Größenordnung umrissen, nicht jedoch auf ihre Ursachen zurückgeführt werden (für die Jahre 1989-1994: Produktions- und Absatzentwicklung der EKO-Stahl-GmbH, Arbeitsmarkt-Statistik, Zahlen zur demographischen Entwicklung, insbes. zur Migration). Für eine Analyse des Anpassungsprozesses, v.a. der Privatisierungsphase, mußte auf andere Quellen zurückgegriffen werden. Hier sind Leitfadeninterviews mit Schlüsselpersonen aus Institutionen durchgeführt worden, die den Wandel maßgeblich mitgestaltet haben oder ihn zukünftig beeinflussen werden (EKO-Stahl-GmbH, Treuhand, Wirtschaftsförderung und Stadtplanung in Eisenhüttenstadt). Ihre Angaben konnten durch eine Analyse der regionalen und lokalen Presseberichterstattung (1989-1994) ergänzt werden. Doch auch dieses Material läßt natürlich zum jetzigen Zeitpunkt vielfach nur Trendaussagen zu, eine genauere, auch quantiative Evaluierung der Privatisierung und ihrer geographischen Langzeitfolgen für die Region kann erst nach einigen Jahren (der Konsolidierung) erfolgen.

[3] Den Hintergrund der Ansiedlung im ländlichen Raum beschreibt aus ideologischer Perspektive EGER 1987: "Das Gebiet an der Oder war ein wirtschaftlich und kulturell stark zurückgebliebenes Agrarland. Die Menschen lebten bis 1945 noch unter der Herrschaft der ostelbischen Junker" (S. 17). Einen ähnlichen Tenor vermittelt das AUTORENKOLLEKTIV 1986 (S. 32): "Werk und Stadt prägen heute das Antlitz eines sozialökonomisch ehemals rückständigen Landstrichs an Oder und Neisse und bilden heute ein neues Zentrum der Arbeiterklasse".

Probleme hervortreten, die den Übergang in die Marktwirtschaft und die Privatisierung erschwerten. Da grundsätzliche Anpassungsschwierigkeiten der ostdeutschen Ökonomie auch aus geographischer Perspektive schon vielfach analysiert worden sind (vergl. u.a. HASENPFLUG & KOWALKE 1991, VORLAUFER 1991, SCHÄTZL 1993, KÜHL 1994), sollen hier nur diejenigen Aspekte diskutiert werden, die im Falle Eisenhüttenstadts besonders ins Gewicht fielen und die Privatisierung erschwerten:

- die politisch mitbestimmte Standortwahl,
- die Monostruktur der Wirtschaftsregion bei gleichzeitiger technologischer Unvollständigkeit,
- eine Gewichtung der Produktionsfaktoren, die marktwirtschaftlichen Prinzipien in vielen Teilen zuwiderläuft.

Verschlechterung der Lage im Wirtschaftsraum: von der RGW-exponierten Gunstlage zur Peripherie des westlichen Wirtschaftssystems

Die ehemals günstige Grenzlage zu den Rohstofflieferanten und Abnehmer-Ländern des RGW verwandelte sich nach der Wiedervereinigung in eine doppelte Peripherisierung *(Abb. 2)*. Zum einen brachen die alten Absatzmärkte zusammen. Die ehemaligen Handelspartner könnten sogar in Zukunft ihre Lohnkostenvorteile nutzen und auch als Billiganbieter von Stahl "den deutschen Unternehmen im Inland und auf Drittmärkten kräftig Konkurrenz machen" (DONGES 1993, S. 68). Zum anderen liegt die Wirtschaftsregion nun an der äußersten Ostgrenze des wiedervereinigten Deutschlands und des gemeinsamen europäischen Wirtschaftsraumes, abgelegen von den deutschen und europäischen Stahlverbrauchern. Beides erschwert die Integration und Erschließung neuer Absatzmärkte, insbesondere beim transportkostenempfindlichen "Massengut Stahl".

Allgemeine Entwicklungen wie die Flexibilisierung der Produktion oder der Abbau der Lagerhaltung zugunsten von "just-in-time" Lieferungen verschärfen die Probleme, denn sie bringen dem peripheren Eisenhüttenstadt weitere wirtschaftsräumliche Wettbewerbsnachteile. Den Wandel verschlechtert zusätzlich zur Grenzlage noch die raumordnungs- und parteipolitisch motivierte, ländliche Standortwahl. Dadurch liegt das Stahlwerk heute abseits der überregionalen Verkehrsstränge, so daß die Anbindung nicht optimal ist. Eine eigene Oderbrücke ins benachbarte Polen fehlte zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung ebenso wie eine moderne Bahntrasse oder gut ausgebaute Straßenanbindungen. Auch zu Wasser erreichen Massengüter den Standort nur mühsam, der Ausbau der Oder zu einer modernen Wasserstraße lag lange brach. Binnenschiffe können den Fluß nur begrenzt befahren: viele Brücken sind zu niedrig, und z.T. müßten Fahrrinnen vertieft und Hafenanlagen erweitert werden.

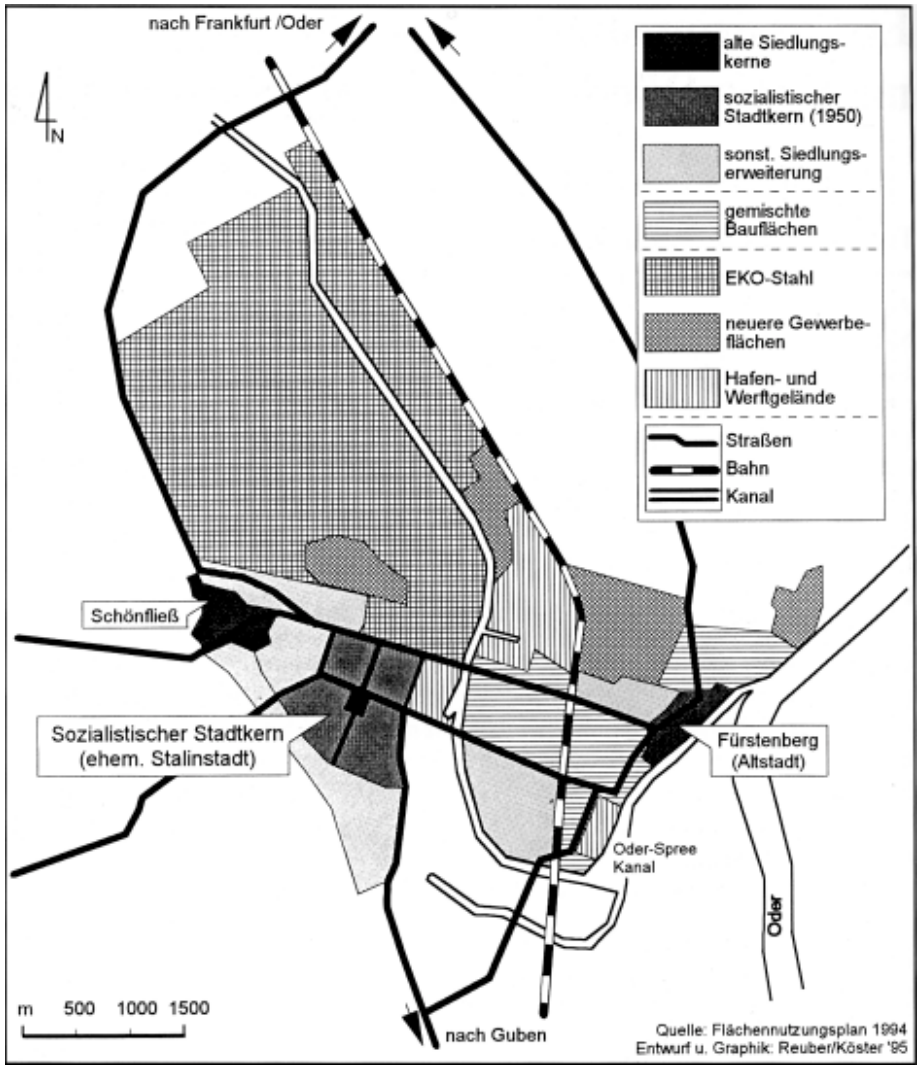

Abb. 1: Siedlungs-, Gewerbe- und Industrieflächen in Eisenhüttenstadt

Die "technologische Lücke": Monostruktur und technologische Unvollständigkeit der Wirtschaftsregion

Neben der Lageungunst bildete die extreme Monostruktur der Region ein weiteres Hemmnis für die marktwirtschaftliche Entwicklung. Am schwersten wog dabei jedoch, daß der Standort trotz seiner einseitigen Ausrichtung auf die Eisen- und Stahlproduktion technologisch unvollständig war: Eisenhüttenstadt fehlte die Warmwalzstraße, um den vollen metallurgischen Zyklus zu erreichen. Dies verursachte einen erheblichen Wegstrecken- und Transportaufwand: Der Rohstahl mußte seinerzeit das Werk verlassen, um v.a. in Polen und in der Sowjetunion warmgewalzt zu werden. Die Länder lieferten dann Warmband wieder nach Eisenhüttenstadt zurück, wo es im Kaltwalzwerk zu Blechen weiterverarbeitet wurde. Was nach marktwirtschaftlichen Standorttheorien undenkbar schien, praktizierte die Planwirtschaft in Form einer weiträumigen, internationalen Arbeitsteilung.

Zusätzlich entstand selbst innerhalb der DDR ein Mehraufwand an Transport durch den Ausbau der horizontalen und vertikalen Verflechtungen. Die Bildung konzernaler Superstrukturen Ende der 60er Jahre erfaßte auch den Stahlsektor und mit ihm das EKO. Es wurde Stammbetrieb des VEB Bandstahlkombinates "Hermann Matern", dessen Zweigbetriebe über die ganze Republik verstreut waren *(vergl. Abb. 3)*.

Im Bewußtsein der Transportprobleme unternahm die DDR zweimal den Versuch, ein Warmwalzwerk in Eisenhüttenstadt aufzubauen, um die "technologische

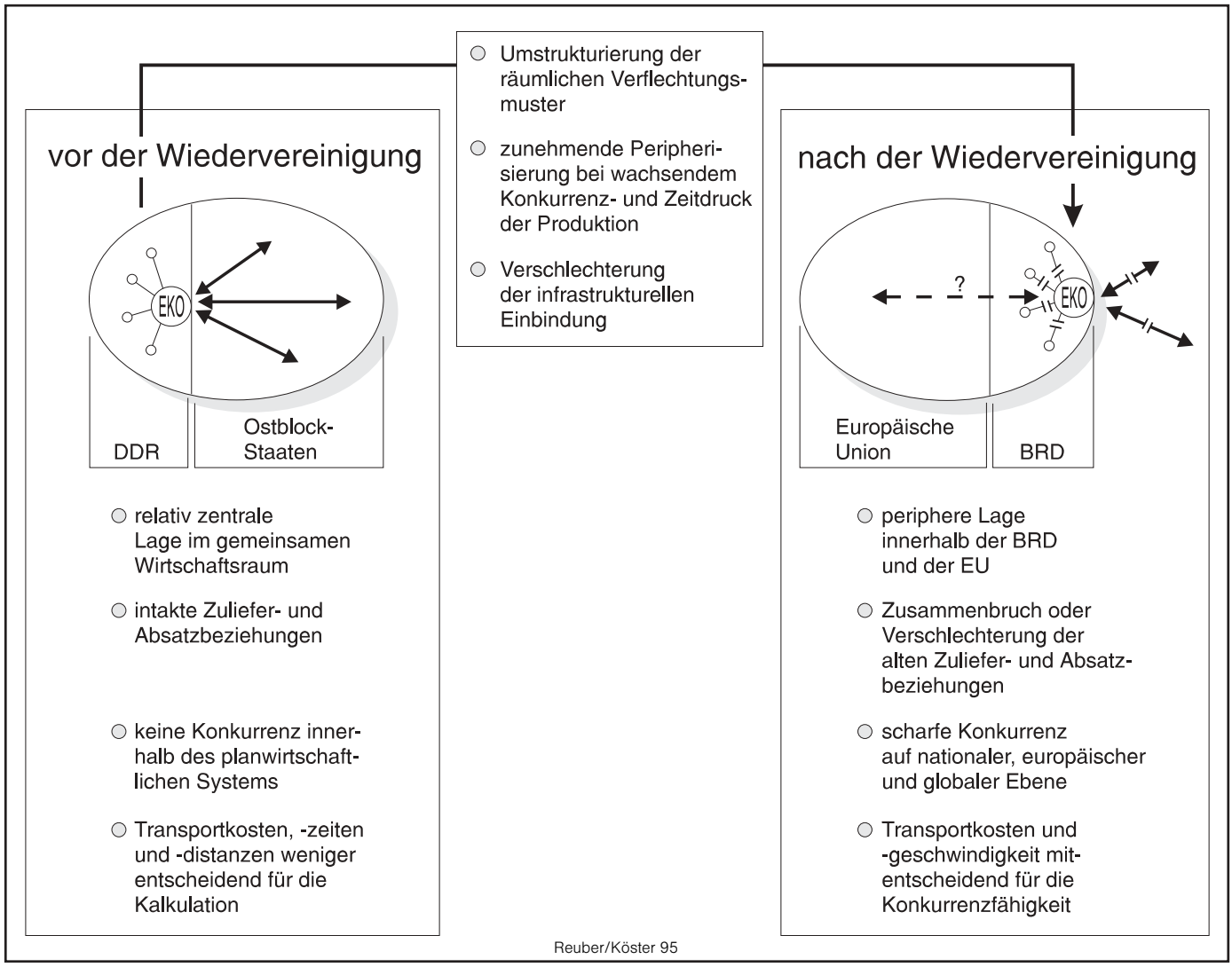

Abb. 2: Veränderungen der räumlichen Standortbedingungen von EKO-Stahl nach der Wiedervereinigung

Lücke" zu schließen. Beide scheiterten. Nach dem Abbruch des ersten Versuchs 1963 (Unternehmensarchiv EKO-Stahl GmbH) sollte später das polnische "Nowa Huta ... die Warmbandstrecke werden" (Interview EKO-Stahl), wo der Rohstahl aus Eisenhüttenstadt hätte weiterverarbeitet werden können. Die politischen Veränderungen im Polen der 80er Jahre verhinderten jedoch nicht nur das Warmwalzwerk in Nowa Huta, sie erschwerten zusätzlich auch den Transitverkehr beim Austausch von Erz und Rohstahl mit der Sowjetunion. Auf ihrem 11. Parteitag 1986 beschloß die SED daher zum zweiten Mal, ein Warmwalzwerk in Eisenhüttenstadt aufzubauen. Noch im gleichen Jahr begannen die Bauarbeiten, die jedoch 1989 v.a. aus finanziellen Gründen wieder abgebrochen werden mußten (Unternehmensarchiv EKO-Stahl GmbH). Nach der Wiedervereinigung, im Rahmen einer Privatisierung unter marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten, mußte die Frage der Warmwalzstraße deshalb eine Schlüsselstellung einnehmen (s.u.).

Arbeit statt Kapital: Neubewertung der Produktionsfaktoren

Die Einbindung in das westliche Wirtschaftssystem wird "weitgehend eine Neubewertung der Qualitäten und Potentiale gegenwärtiger und zukünftiger Standorte" (VORLAUFER 1991, S. 65) nach sich ziehen. Die sozialistische Planwirtschaft beurteilte nicht nur Lage und Transportkosten anders als ein marktwirtschaftliches System.

So stand vor allem der Produktionsfaktor Arbeit im Zentrum der Ideologie und war, verglichen mit westeuropäischen Verhältnissen, preiswert. Das politische Ideal der Vollbeschäftigung bewirkte auch im EKO einen hohen Arbeitskräftebesatz bei gleichzeitig geringer Arbeitsproduktivität. Natürlich sind die hohen Zahlen auch strukturell mitbedingt, vereinte doch der "Kombinats-Kosmos ... vom Ferienheim bis zum Kulturhaus, vom eigenen Baubetrieb bis zur Ersatzteilwerkstatt, alles unter einem Dach" (BREUEL 1993, S. 60). Trotz massiver Entlassungen *(Abb. 4)* spielte das Arbeitskräfteproblem eine wesentliche Rolle bei der schwierigen Privatisierung des Betriebes.

Während Arbeitskraft überreich vorhanden war, fehlte Kapital für die Instandhaltung oder Modernisierung der Produktionsanlagen. Mangelnde Rationalisierung und unzureichende Qualitätsstandards waren die Folge. Häufig überschritten die Bleche aus Eisenhüttenstadt die Fehlertoleranzen westeuropäischer Interessenten, was die Erschließung neuer Absatzmärkte in der Anfangsphase nach der Wiedervereinigung erheblich erschweren sollte.

Veränderungen in der Wirtschaftsregion Eisenhüttenstadt nach der Wiedervereinigung

Trotz einer Politik der "Erhaltung der industriellen Kerne" und der damit verbundenen Subventionen verlangt die Wieder-

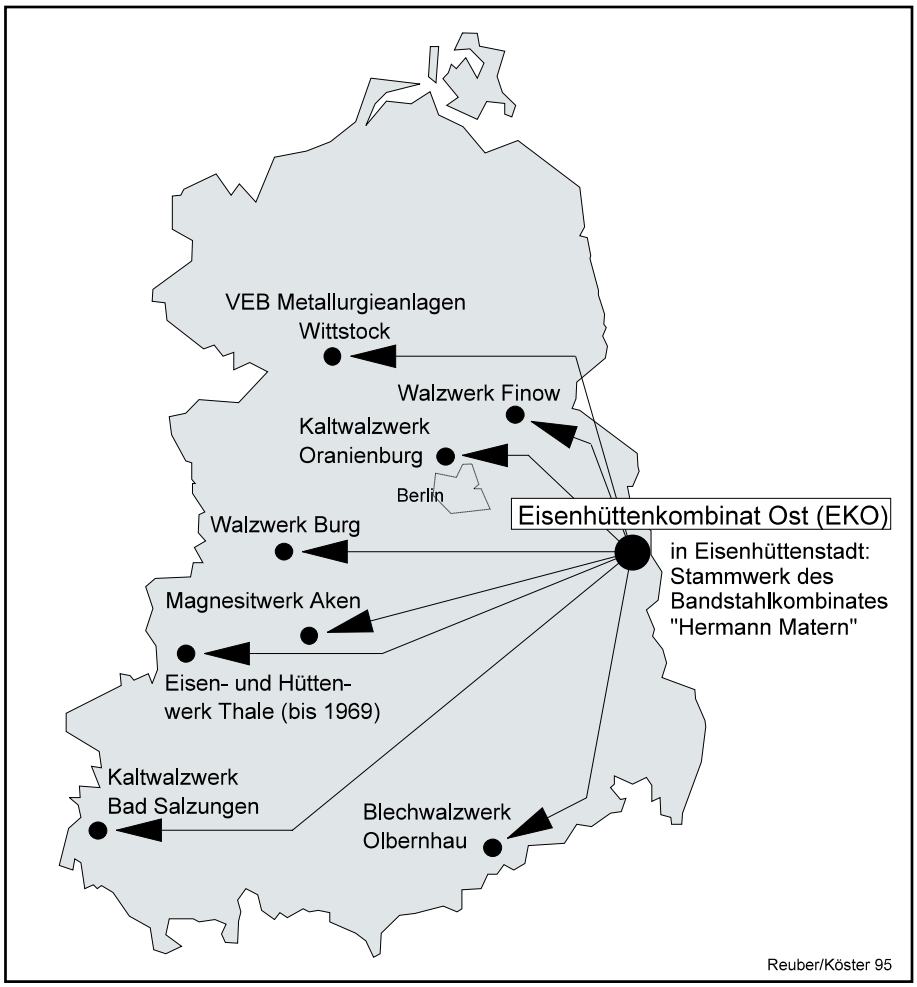

Abb. 3: Produktionsstandorte des Bandstahlkombinates "Hermann Matern"

vereinigung von Eisenhüttenstadt noch einen Strukturwandel, der die gesamte Region nachhaltig verändern wird. Die Biographie der Transformation zeigt die besonderen Probleme, die den Umbruch hier erschwert haben. Auf dieser Grundlage ist eine erste Einschätzung der Perspektiven des Wirtschaftsstandortes möglich.

Zusammenbruch nach der Wende und Umstrukturierungen im Zuge der Privatisierung als Treuhandbetrieb

Der zeitweilige Wunsch des alten EKO-Managements nach einer Weiterführung als Staatsbetrieb erfüllte sich nicht, denn "nach dem Einigungsvertrag bestand der gesetzliche THA-Auftrag in der Privatisierung als vorrangige Sanierungsstrategie" (KÜHL 1994, S. 245). Wegen der erheblichen strukturellen Mängel ließen jedoch ernste Kaufinteressenten auf sich warten. Die Treuhand sah sich daher gezwungen, ab März 1993, also schon vor dem Verkauf, mit der Sanierung zu beginnen. Es galt einerseits, den Produktionsstandard anzuheben (Wettbewerbsfähigkeit auf dem internationalen Stahlmarkt), andererseits, das Werk für potentielle Käufer interessanter zu machen. Diese Maßnahmen vollzogen sich in vier Bereichen, die nachfolgend auch die räumliche, funktionale und soziale Struktur der Region verändern mußten:

- räumliche und organisatorische Entflechtung der Kombinatsstruktur,
- Reduzierung der Arbeitskräftezahlen,
- beginnende Sanierungsmaßnahmen im EKO,
- Suche nach Interessenten und potentiellen Käufern.

Die Entflechtung der Kombinatsstruktur

Als die Treuhand-Gesellschaft das Kombinat "Hermann Matern" am 16. Mai 1990 übernahm, bestanden ihre ersten Aufgaben darin, die alte Kombinatsstruktur aufzulösen, die erhaltenswerten Betriebe fort-

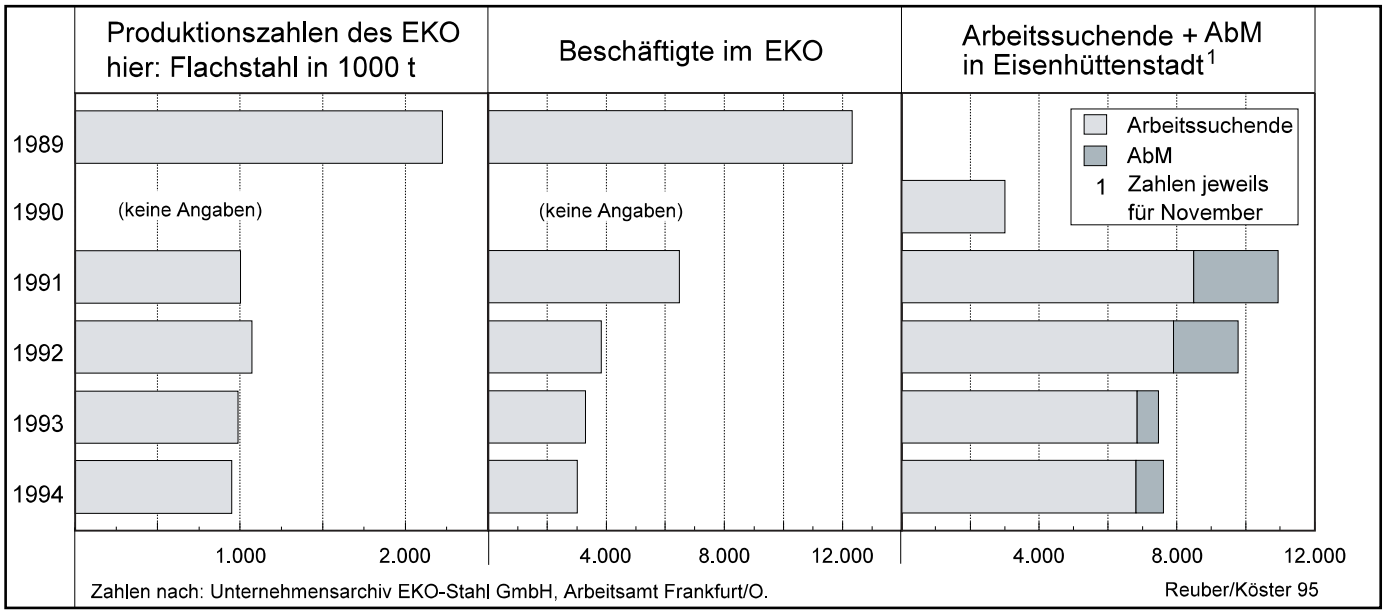

Abb. 4: Ausgewählte Daten zur Wirtschafts- und Beschäftigtenentwicklung in Eisenhüttenstadt von 1989 bis 1994

zuführen und die restlichen stillzulegen. Wie die meisten sozialistischen Betriebe mußte dazu auch das Bandstahlkombinat in "kleinere operative Einheiten" (Interview Treuhand) untergliedert werden. In diesem Rahmen wurde zunächst das Eisenhüttenkombinat im Mai 1990 in die Aktiengesellschaft "EKO-Stahl AG"[4] umgewandelt. Es folgte die Entflechtung der horizontalen und vertikalen Beziehungen: Dazu trennte die Treuhand zunächst die früher eigenständigen Metallkombinate vom Stammwerk in Eisenhüttenstadt. Sie wurden gesondert privatisiert (z.B. Walzwerke Finow 1994) oder stillgelegt. Parallel dazu "verschlankten" die Sanierer den Kernbetrieb in Eisenhüttenstadt: Sie gliederten alle nichtmetallurgischen Teile aus (Bau- und Transportgewerbe, Betriebskrankenhaus, Sozialstationen, Kinderkrippen etc.) und privatisierten zusätzlich eigenständige, überlebensfähige Sektionen aus dem Metallbereich (größter Betrieb: Fa. Anlagenbau GmbH mit insgesamt 400 Arbeitsplätzen).

Diese Prozesse reduzierten das Bandstahlkombinat räumlich auf den Standort Eisenhüttenstadt und produktionstechnisch auf den engeren Rahmen der Eisen- und Stahlerzeugung. Sie leiteten das Ende der organisatorischen und wirtschaftsräumlichen Verflechtungen ein, die Eisenhüttenstadt zur Zeit der sozialistischen Planwirtschaft mit den Tochterbetrieben in der gesamten DDR verbunden hatten *(vergl. Abb. 3)*. Was in einem geschlossenen, zentralistischen Wirtschaftssystem möglich war, ist nach der Wiedervereinigung nicht mehr aufrechtzuerhalten. Moderne Entwicklungen marktwirtschaftlicher Produktionsbedingungen begünstigen schlanke Betriebe und regionale Standortcluster eher als konzernale Strukturen und weitverzweigte Produktionsverflechtungen.

Mit ähnlichen Bedingungen hatten natürlich viele Betriebe der ehemaligen DDR zu kämpfen. Für das Eisenhüttenkombinat an der deutsch-polnischen Grenze jedoch erwiesen sich die neuen wirtschaftsräumlichen Rahmenbedingungen als besonders problematisch, waren doch gerade im Stahlsektor der Austausch und die Abhängigkeit von den RGW-Ländern, speziell der Sowjetunion, besonders groß. Die Wiedervereinigung verschlechterte deshalb die Bedingungen für den Stahlstandort Eisenhüttenstadt erheblich, denn sie führte zur doppelten Peripherisierung (s.o.). Ob sich die Lage Eisenhüttenstadts im Falle einer Gesundung der östlichen Volkswirtschaften später einmal wieder als Standortvorteil erweisen könnte, als "Stahltor" in Richtung Osten, ist derzeit noch nicht abschätzbar, hat jedoch bei der Privatisierung eine gewisse Rolle gespielt. Zumindestens erwartet Cockerill-Sambre, der neue Hauptaktionär, mittelfristig durch die Übernahme der EKO-Stahl-GmbH "die Präsenz in Deutschland zu stärken und die Fühler auch in Richtung Osteuropa auszustrekken"[5].

Marktwirtschaftliche Anpassungsschwierigkeiten der ehemaligen Handelspartner und die neue wirtschaftsräumliche Peripherlage zogen hohe Produktions- und Absatzverluste nach sich. Obwohl auch die Treuhand mit einem Rückgang der Handelsbeziehungen gerechnet hatte, war hier nicht von vornherein klar, "daß die Einführung der harten Währung D-Mark zu einem so radikalen Wegbrechen der Ostmärkte führte" (Interview Treuhand). Nach Angaben der EKO-Stahl GmbH erhält der Betrieb heute aus den Nachfolgestaaten der Sowjetunion zwar noch Rohstoffe in nennenswerten Größenordnungen, der Absatz in die ehemaligen Partnerländer ist jedoch fast völlig zusammengebrochen. Gleichzeitig hatte die Neuorientierung auf den westlichen Markt einen erheblichen Konkurrenzdruck zur Folge. Neben den höheren Transportkosten erschwerten vor allem hohe Qualitätsanforderungen den Absatz, die Eisenhüttenstadt mit seinen teilweise veralteten Anlagen anfangs nicht erreichen konnte.

Die Zahlen zeigen das dramatische Ausmaß des Produktionsrückgangs: schon von 1989 bis 1990 halbierte sich die Rohstahlerzeugung im EKO-Stahlwerk von 1,8 auf 0,99 Mio. Tonnen. Bis 1992 schrumpfte sie auf 41%. Erst 1993 erholten sich die Produktionszahlen leicht. Auch bei den Endprodukten zeigen sich die Einbrüche deutlich. Beim Flachstahl beispielsweise schrumpfte die Produktion bis zum Jahr 1993 auf 44% des Niveaus von 1989 *(vergl. Abb. 4)*.

Reduzierung der Arbeitskräftezahlen

Die Entflechtung des Betriebes und der Produktionsrückgang zogen einen radikalen Abbau von Arbeitsplätzen nach sich. Geringe Arbeitsproduktivität und steigende Löhne verstärkten diesen Prozeß. Um das ehemalige Eisenhüttenkombinat auf den marktwirtschaftlichen Wettbewerb vorzubereiten, mußte die Treuhand v.a. am Produktionsfaktor Arbeit ansetzen: von 1990 bis 1994 entließ sie 75% der Belegschaft aus dem aktiven Beschäftigungsverhältnis. Von immerhin 12.350 Beschäftigten im Jahre 1989 waren 1990 noch 6481, 1991 sogar nur noch 3832 Beschäftigte übrig *(vergl. Abb. 4)*.

Zukünftig sollen lediglich 2.300 Arbeitnehmer im EKO weiterbeschäftigt werden, was ca. 20% der ehemals im Stahlwerk Beschäftigten entspricht. War die Freisetzung von Arbeitskräften ein allgemeines Kennzeichen der wirtschaftlichen Umstrukturierungen nach der Wiedervereinigung, bekam doch die Wirtschaftsregion Eisenhüttenstadt diesen Prozeß mit besonderer Härte zu spüren: Wegen der Monostruktur arbeiteten vier Fünftel der erwerbstätigen Bevölkerung im Eisenhüttenkombinat oder seinen assoziierten Betrieben. So dienten auch hier, wie überall in den neuen Bundesländern, arbeits- und sozialpolitische Begleitmaßnahmen zur Milderung der Folgen für die betroffene Bevölkerung. Die zahlenmäßigen Entwicklungen der Arbeitslosen, der "Gemeinnützigen Beschäftigungsgesellschaft" (GEM) und der Vorruhestands-Regelungen zeigen, wie solche Maßnahmen schubweise die Entlassungen kompensiert haben *(Abb.4)*. So ist derzeit die GEM mit ca. 1.400 Beschäftigten nach der EKO-Stahl GmbH immer noch der zweitgrößte Arbeitgeber der Region. Da diese Übergangsregelungen nur befristet greifen und vielfach keine Neuqualifizierung (Umschulung) erreichen, verschieben sie das Problem zum Teil nur in die Zukunft.

Der Perspektivlosigkeit vieler ungelernter Eisen- und Metallarbeiter steht in Eisenhüttenstadt die selektive Abwanderung der Qualifizierten gegenüber. Das Migrationssaldo der Jahre 1990-94 zeigt die Größenordnung dieses Trends: Seit der Wiedervereinigung zogen fast 5.000 Einwohner aus Eisenhüttenstadt fort, das sind 8,9 % der Bevölkerung. Die soziodemographischen Daten der Fortzügler belegen, daß vor allem junge Familien und qualifizierte Facharbeiter oder Ingenieure mit technischem Spezialwissen abwandern, während ältere oder fachlich schwer vermittelbare Arbeiter in der Region verbleiben.

Diesen Teufelskreis gilt es zu stoppen, wenn man die Innovationskräfte der Region als Voraussetzung für eine dauerhafte wirtschaftliche Gesundung auf der Basis endogener Potentiale erhalten will. Um qualifizierte Fachkräfte vor Ort ausbilden zu können, sollte nach den Vorstellungen

[4] Ab 1994 Wechsel der Gesellschaftsform zur "EKO-Stahl GmbH".

[5] Delaunois, Generaldirektor von Cockerill-Sambre, in der FAZ vom 28.01.1995

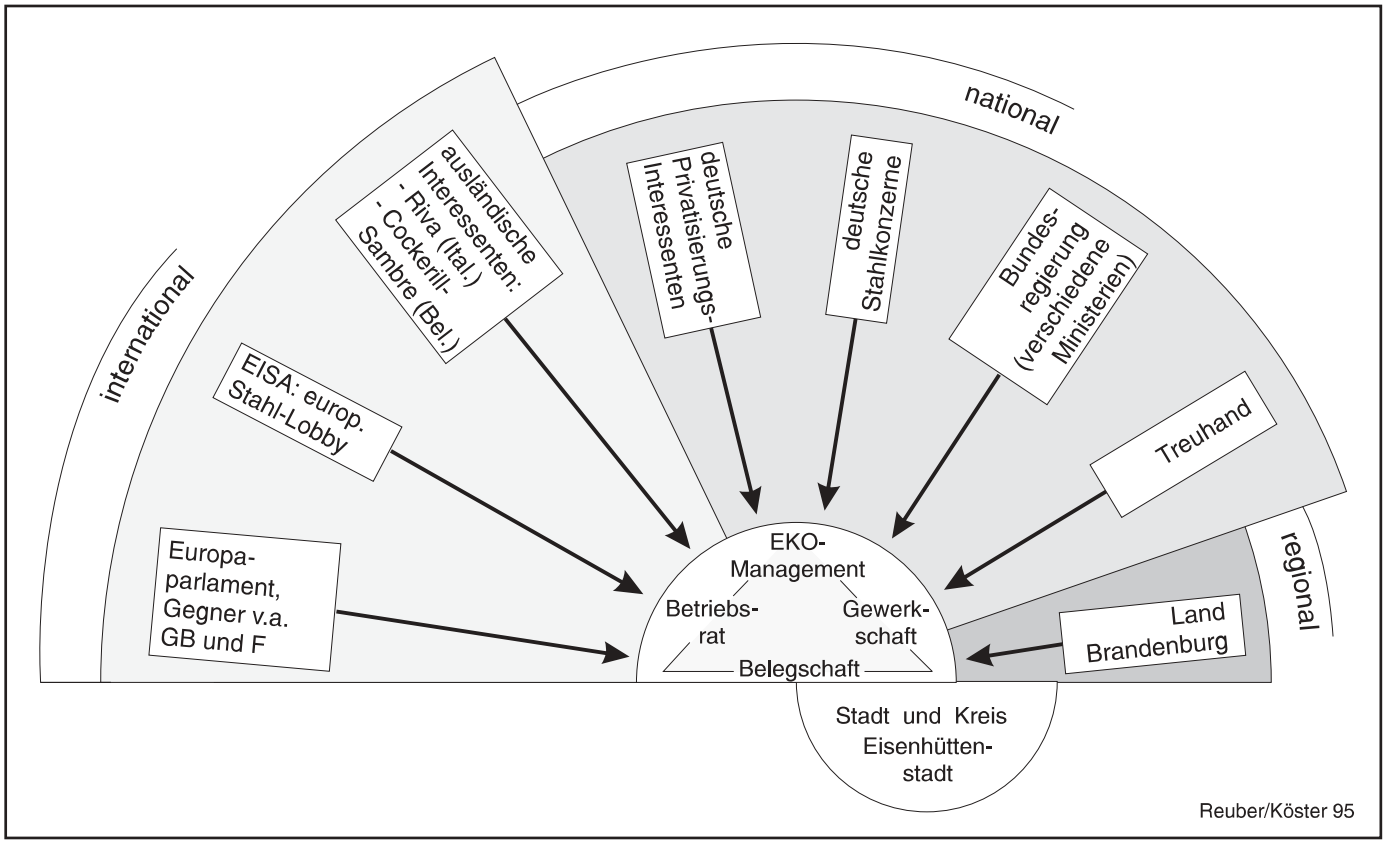

Abb. 5: Akteure im Rahmen der Sanierung und Privatisierung von EKO-Stahl

von Stadtplanung und Wirtschaftsförderung in Eisenhüttenstadt eine Fachhochschule mit metallurgischem Schwerpunkt eingerichtet werden. Das erforderliche Gelände ist vorhanden, und erste Planungskonzepte liegen vor. Doch es bleibt ungewiß, ob nicht das Land Brandenburg dem Hochschulstandort Frankfurt/Oder (Europa-Universität) den Vorzug geben wird.

Technische Sanierung

Die lage- und transportbezogenen Standortnachteile stellen ein Hindernis dar, das den Wettbewerb entscheidend erschwert. Umso mehr hätte die EKO-Stahl GmbH diesen Nachteil mit Hilfe anderer Produktionsfaktoren kompensieren müssen, z.B. im Bereich Technologie. Doch hier traten die strukturellen Altlasten und der Kapitalmangel des planwirtschaftlichen Systems noch stärker zutage: Neben den generell veralteten und sanierungsbedürftigen Anlagen galt als gravierendster Mangel das fehlende Warmwalzwerk, dessen Bau die SED seinerzeit zweimal plante und wieder abbrechen mußte (s.o.).

Damit ist Eisenhüttenstadt kein integrierter Stahlstandort. Der produzierte Rohstahl muß auch heute noch andernorts (v.a. Salzgitter, Rußland) warmgewalzt werden, bevor er im Kaltwalzwerk in Eisenhüttenstadt weiterverarbeitet werden kann. Trotz der im März 1993 eingeleiteten Sanierungsarbeiten im Kaltwalzwerk und im Bereich der Oberflächenveredelung blieb für einen wettbewerbsfähigen Umbau die "Schließung der technologischen Lücke" (Interview EKO-Stahl), d.h. der Bau eines Warmwalzwerkes, unverzichtbarer Kern der Sanierung. Für EKO-Stahl bedeutet dies einen hohen Subventionsaufwand, den die Bundesregierung und die EU-Minister deshalb von der Privatisierung abhängig machten.

Käufersuche und Privatisierung

Insgesamt machten die gravierenden räumlichen und strukturellen Mängel die Sanierung des ehemaligen Eisenhüttenkombinates zum zweitteuersten Einzelprojekt der Wiedervereinigung. Die Kosten belaufen sich nach Angaben der Treuhand auf über 1 Milliarde Mark, allein der Bau der Warmwalzstraße wird je nach Ausführung zwischen 550 und 670 Millionen DM betragen (Interview EKO-Stahl). Diese Zahlen beziffern jedoch lediglich den technischen Umbau. Sie berücksichtigen z.T. weder die Erhaltungskosten seit 1989 noch die sozialen Folgekosten, die der Abbau der Überbeschäftigung erforderlich gemacht hat. Die Gesamtkosten betragen wohl ein mehrfaches der genannten Summen, lassen sich jedoch derzeit auch nicht annäherungsweise abschätzen, zumal die Zuschüsse aus den verschiedensten Quellen fließen.

Trotz der massiven Subventionen und des symbolischen Verkaufspreises von einer D-Mark (für 60% der Anteile; Handelsblatt v. 2.1.95) gestaltete sich die Käufersuche schwierig. Mehr als vier Jahre verhandelte die Treuhand mit verschiedenen Interessenten. Sie mußte dabei die öffentlichen Zuschüsse mehrfach erhöhen, von anfänglichen 812 Mio. DM auf letztlich 1.014 Mrd. DM.

Doch der Preis allein war nicht ausschlaggebend. Auf die Privatisierung des Eisenhüttenkombinates nahmen eine Vielzahl politischer und wirtschaftlicher Akteure Einfluß *(vergl. Abb. 5)*. Vor allem die Krise der deutschen und europäischen Stahlindustrie holte die politischen Gremien und Lobbys unterschiedlicher Maßstabsebenen auf den Plan, deren gegensätzliche Ziele zu vielfältigen Konflikten führten: Schon die lokalen Akteure griffen mehrfach entscheidend in den Privatisierungsprozeß ein, v.a. das Management des EKO[6] und der Betriebsrat besaßen dazu

[6] Noch bis Mai 1994 wurde der Betrieb von ehemaligen EKO-Mitarbeitern geführt. Auch als Dr. Hans-Joachim Krüger (ehem. Vorstandsmitglied bei Krupp-Hoesch) den Vorstandsvorsitz nominell am 21.07.1994 übernahm, verblieben sie in leitenden Positionen.

einflußreiche Ausgangspositionen. Auf der regionalen Ebene setzte sich das ohnehin problembeladene Land Brandenburg für den Erhalt seines peripheren Wirtschaftsstandortes ein. Auf der nationalen Ebene kollidierten die Sanierungsbestrebungen der Treuhand, gestützt durch die wirtschaftspolitisch-symbolischen Erhaltungsabsichten der Bundesregierung, mit den Interessen anderer deutscher Stahlproduzenten. Vergleichbare Konflikte kennzeichneten auch die europäische Ebene: hier nutzten die Mitgliedsländer England und Frankreich die Gewährung von Stahlkontingenten im gemeinsamen Markt als Faustpfand zur Durchsetzung eigener industriepolitischer Interessen.

Die zahlreichen Zielkonflikte, die dabei auftraten, haben den Privatisierungsprozeß mehrfach verzögert. Dabei standen im Laufe der über vierjährigen Entscheidungsphase verschiedene konkrete Übernahme-Angebote zur Diskussion. Bereits im November 1991 legten Thyssen/Preussag einen Vorschlag vor. Sie wollten lediglich den bereits teilsanierten, metallverarbeitenden Kern (Kaltwalzwerk, Oberflächenveredelung) erhalten und die übrigen Betriebsbereiche schließen. Die Pläne von Bundesregierung und Treuhand ließen dieses Konzept jedoch scheitern. Letztlich kamen nur Vorschläge in die engere Wahl, die den Bau des Warmwalzwerkes eingeplant hatten.

In diesem Rahmen kam es erst 1993 zu konkreten Übernahmeverhandlungen mit dem italienischen Stahlkonzern RIVA, nachdem in der Zwischenzeit schon erhebliche Mittel in die Sanierung des Kaltwalzwerkes und der Oberflächenveredlung geflossen waren. Doch diese Übernahme scheiterte kurz vor ihrer Vollendung. Während RIVA Schwierigkeiten mit dem (ostdeutschen) Management und dem Betriebsrat von EKO-Stahl verantwortlich machte, sahen die Verhandlungspartner der Treuhand die Gründe für den RIVA-Rückzug v.a. in der politischen Entwicklung in Italien (Wahlsieg Berlusconis im Mai 1994), die das Investitionsklima für den italienischen Konzern in seinem Heimatland plötzlich so deutlich verbesserten, daß er stattdessen seine Kapazitäten dort ausbauen wollte.

Erst im dritten Anlauf gelang es der Treuhand, die EKO-Stahl GmbH zu privatisieren. Am 1.1.1995 übernahm der belgische Stahlkonzern Cockerill-Sambre den ostdeutschen Betrieb (zunächst 60 % der Anteile, die restlichen 40 % bis spätestens 1999). Er verspricht sich davon mittelfristig u.a. einen besseren Zugang zu den Märkten Mittel- und Osteuropas (vergl. z.B. Handelsblatt v. 31.5.95). Mit der Privatisierung waren Subventionen von mehr als 1 Mrd. Mark verbunden, die zur weiteren technischen Sanierung dienen sollten: zum Bau des Warmwalzwerkes, zur Modernisierung der Eisenverhüttung durch die Errichtung eines neuen Großhochofens und zu weiteren Investitionen ins Kaltwalzwerk. Trotz anstehender technischer Rationalisierungen[7] will Cockerill-Sambre mehr Arbeitsplätze erhalten (2.300) als es der italienische RIVA-Konzern vorgesehen hatte (1.700), ein Argument, das angesichts der Arbeitsmarktprobleme in der Region großes Gewicht erhält.

Perspektiven für die Wirtschaftsregion Eisenhüttenstadt nach der Privatisierung

Für die periphere Wirtschaftsregion um Eisenhüttenstadt sichert diese Übernahme nicht nur das ökonomische Überleben, vielmehr erhoffen sich die Wirtschaftsförderer dadurch ein Signal, das über die Stadtgrenzen hinaus neue Impulse und Investoren in die Region bringen wird. Wenngleich damit die Privatisierung der EKO-Stahl GmbH einen Schlußstrich unter eine mehr als vierjährige Phase der Unsicherheit zieht, müssen die Perspektiven für die Zukunft dennoch vorsichtig bewertet werden. Schwierigkeiten, auf die Wirtschaftsförderung und die Raumplanung rechtzeitig reagieren müssen, zeichnen sich sowohl auf betrieblicher als auch auf regionalwirtschaftlicher Ebene ab. Die zentralen Probleme für Werk und Region sollen abschließend kurz umrissen werden.

Perspektiven und Probleme für das Eisen- und Stahlwerk

Selbst wenn sich der metallurgische Zyklus durch die Warmwalzstraße schließt und wenn das Kaltwalzwerk und die Eisenverhüttung nach modernen und rationellen Technologien produzieren, sind die Wettbewerbschancen der EKO-Stahl GmbH Beschränkungen unterworfen: Für die neunstelligen Fördermittel hat die EU einen strengen Auflagenkatalog erstellt, der auch für Eisenhüttenstadt die regionalwirtschaftlichen Konsequenzen der europäischen Integration deutlich macht. Viele Nachbarländer haben ihre Forderungen eingebracht. Dabei wiegen neben britischen Stahl- und französischen Werftinteressen die Begrenzung der jährlichen Warmwalzproduktion von 900.000 Tonnen bis zum Jahr 2000 besonders schwer. Erst ab diesem Zeitpunkt dürfen die vorhandenen Kapazitäten mit einer Menge von 1.5 Mio. Tonnen pro Jahr rentabler ausgelastet werden.

Die Zustimmung der EU zur Privatisierung in Eisenhüttenstadt wurde außerdem durch die Stillegung anderer Stahlkontingente in den neuen Bundesländern erkauft. So müssen dort kleinere Stahlstandorte, mit denen Eisenhüttenstadt vor der Wende zusammengearbeitet hat, ihre gesamte Produktion stillegen, um den Erhalt von EKO zu sichern[8]. Sie wären wegen der traditionellen Kombinatsverflechtungen potentielle Abnehmer von Stahl aus Eisenhüttenstadt gewesen.

Ein zweites, eher mittelfristiges Problem ergibt sich aus technologischen Innovationen im Stahlverarbeitungsprozeß, die andernorts zeitgleich mit der EKO-Sanierung stattfinden: Zwar bekommt Eisenhüttenstadt "durch die hohen Subventionen eines der modernsten Stahlwerke in Europa" (Interview Treuhand), jedoch mit einer Technologie, die unter Umständen nur noch einige Jahre marktführend ist: während in Eisenhüttenstadt ein konventionelles Warmwalzwerk aufgebaut wird, entwickeln deutsche und amerikanische Stahlproduzenten schon das sog. "Dünnbrammenverfahren", das den Warmwalzvorgang überflüssig macht und den Produktionsprozeß dadurch gleichzeitig vereinfacht, beschleunigt und verbilligt. Sobald diese Technik marktreif ist, werden sich für das ohnehin von seiner Lage her benachteiligte Eisenhüttenstadt neue Kalkulationsprobleme ergeben, denn "wenn die neue Technologie auf den Markt kommt, sind die anderen Technologien relativ schnell veraltet, so daß die Rentabilität ... nachläßt" (Interview Treuhand).

Perspektiven und Probleme für die Region Eisenhüttenstadt

Angesichts der allgemeinen Probleme im Stahlsektor und der offenen Entwicklungsperspektive des EKO-Werkes fällt der städtischen und regionalen Wirtschaftsförderung die dringende Aufgabe zu, im Rah-

[7] So werden zum Beispiel nach der Fertigstellung des neuen Hochofens die drei zur Zeit in Betrieb befindlichen abgeschaltet (Interview EKO).

[8] Ein kleiner Exkurs am Rande beleuchtet die "verschlungenen Pfade", die die Privatisierungsverhandlungen teilweise kennzeichneten: Um dem geforderten Kontingent-Abbau nachzukommen, wurde die veraltete Warmwalzanlage in Hennigsdorf von der Treuhand für 20 Mio. DM aufgekauft und anschließend verschrottet. Eigentümer des Stahlwerkes war zu dieser Zeit schon der italienische Stahlkonzern Riva, der die gesamte Anlage für einen geringeren Preis zuvor erworben hatte.

men ihrer Möglichkeiten eine Diversifizierung der Industriestruktur zu erreichen. Dazu dienen derzeit drei Schwerpunkte lokaler und regionaler Planung und Wirtschaftsförderung: die Suche nach neuen Gewerbebetrieben, der Ausbau der infrastrukturellen Anbindung und die Verbesserung der weichen Standortfaktoren.

Bisher konnten in den ausgewiesenen Gewerbegebieten *(Abb. 1)* neben den vorhandenen fast nur solche Betriebe angesiedelt werden, die sich nach ihrer Auslösung aus dem ehemaligen Eisenhüttenkombinat am Ort selbständig gemacht hatten. Die größten Betriebe sind dabei die "Anlagenbau GmbH" mit 400 und die "Neue Faßtechnik" mit 30 Arbeitsplätzen. Neuansiedlungen dagegen sind noch die Ausnahme. Potentielle Investoren wollen nach Auskunft der Wirtschaftsförderung erst die Privatisierung abwarten, bevor sie mit ernsthaften Verhandlungen beginnen. Von den wenigen EKO-unabhängigen Altbetrieben der Region befindet sich die Oderwerft derzeit in einer strukturellen Krise. Von einstmals 400 Arbeitsplätzen sind heute noch ca. 100 vorhanden. So sind bisher die Bestrebungen, zukunftsträchtige Betriebe anzusiedeln, eher auf kleine Leitprojekte beschränkt, die neben ihrer geringen Arbeitsplatzwirksamkeit zudem nur eine begrenzte Dauer haben, weil sie mit Bundesmitteln gefördert werden (z.B. ein Gründerzentrum für Frauen mit 24 Arbeitsplätzen).

Um zukünftig ein attraktiveres Umfeld für unternehmerische Standortentscheidungen auch im Bereich der weichen Standortfaktoren zu schaffen, gilt es, sowohl die Versorgungsqualitäten als auch das Bildungsangebot Eisenhüttenstadts gezielt zu verbessern. Die verfügbaren Mittel dafür sind jedoch gering. Wegen fehlender Steuereinnahmen lassen sie sich derzeit fast nur aus Wiedervereinigungs-Fonds beschaffen, deren Höhe begrenzt ist und die nur einen Teil der erforderlichen Maßnahmen möglich machen.

Schließlich versucht das Land Brandenburg in Zusammenarbeit mit der Wirtschaftsregion Eisenhüttenstadt, die infrastrukturelle Isolation zu beheben, wobei hier derzeit wenig Aussichten auf einen schnellen Erfolg bestehen. Die Interviews mit Wirtschaftsförderung und Stadtplanung in Eisenhüttenstadt sowie der Treuhandgesellschaft in Berlin fördern übereinstimmend drei Ansatzpunkte für infrastrukturelle Verbesserungen zutage:

1. Eisenhüttenstadt benötigt moderne Schienenverbindungen und einen schnellen Anschluß ans Autobahnnetz für den heute unverzichtbaren Stückgutverkehr. Beide sind notwendig, um z.B. Investoren aus dem Zulieferbereich der Metallindustrie, die "just-in-time" produzieren müssen, die infrastrukturellen Voraussetzungen zu bieten.
2. Für den Transport von Massengütern (Rohstoffe für EKO-Stahl, Schrott für das geplante Recycling-Zentrum etc.) böte sich die Oder und das mit ihr verbundene Kanalsystem an. Hier wären jedoch erhebliche Investitionen in die Wasserstraße und den Hafen notwendig, um einen modernen und wirtschaftlichen Schiffsverkehr aufbauen zu können.
3. Die halbkreisförmige Isolation, die aus der Grenzlage zu Polen resultiert, könnte ein Übergang zum Nachbarland aufbrechen. Dafür sind jedoch sowohl eine Brükke über die Oder als auch entsprechende Straßenanbindungen notwendig. Inwieweit solche infrastrukturellen Rahmenbedingungen die bilaterale Kooperation erleichtern würden, z.B. nach dem Arbeitsprinzip der "verlängerten Werkbänke", läßt sich jedoch derzeit noch nicht abschätzen.

Literatur

Autorenkollektiv (1986): Eisenhüttenstadt und seine Umgebung. In: Werte unserer Heimat. Heimatkundliche Bestandsaufnahme, Bd. 45. Berlin.

Breuel, B. (1993): Überlebensfähigen Unternehmen die Regeneration ermöglichen! In: Wirtschaftsdienst 1993/II. S. 59-61.

Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau (1993): Raumordnungsbericht 1993. Bonn.

Donges, J.B. (1993): Konservierende Industriepolitik: unwirksam, kontraproduktiv, teuer. In: Wirtschaftsdienst 1993/II. S. 67-70.

Hasenpflug, H., & H. Kowalke (1991): Gedanken zur wirtschaftsräumlichen Gliederung der ehemaligen DDR und ihrer Anpassungsprobleme beim Übergang in die soziale Marktwirtschaft. In: Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie, H. 2, S. 68-82.

Kühl, J. (1994): Regionalstrukturen von Treuhandunternehmen, Stand der Privatisierung und Perspektiven. In: Informationen zur Raumentwicklung, H. 4, S. 245-254.

Leucht, K.W. (1957): Die erste neue Stadt in der Deutschen Demokratischen Republik. Berlin.

Nolte, D., & A. Ziegeler (1994): Neue Wege einer regional- und sektoralorientierten Strukturpolitik in den neuen Ländern. Zur Diskussion um den "Erhalt industrieller Kerne". In: Informationen zur Raumentwicklung, H. 4, S. 225-266.

Schätzl, L. (1993): Wirtschafts- und Regionalentwicklung in Ostdeutschland. In: Wirtschaftsgeographie in der EG. S. 197-217.

Schimke, R. (1985): 35 Jahre erfolgreiche Entwicklung des Eisenhüttenkombinats Ost. In: Heimatkalender Stadt- und Landkreis Eisenhüttenstadt 1985. S. 22-23.

Vorlaufer, K. (1991): Von der DDR zu den Neuen Bundesländern: Eine Herausforderung auch für die Wirtschaftsgeographie. In: Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie, Heft 2, S. 65-67.

Auroren:
Dr. Paul Reuber,
Peter Köster
Universität Köln,
Geographisches Institut,
Albertus-Magnus-Platz,
50923 Köln.